

Wolf-Dieter Vogel über den neuen mexikanischen Präsidenten

Hoffnung auf ein anderes Mexiko

Mehr als 100.000 Tote, 37.000 Verschwundene, steigende Benzin- und Strompreise, zunehmende Armut und ein Wirtschaftswachstum, das lächerlich ist für ein so reiches Land. Die Bilanz des mexikanischen Präsidenten Enrique Peña Nieto macht deutlich: Es war vor allem der noch amtierende Staatschef, der seinem am Sonntag gewählten Nachfolger Andrés Manuel López Obrador, kurz Amló, einen unglaublichen Erfolg verschaffte.

Peña Nieto und weitere Amtsträger der PRI haben über Jahre hinweg das Bild einer korrupten, kriminellen Vereinigung bestätigt: Gegen zwölf ehemalige PRI-Gouverneure wird ermittelt, weil sie öffentliche Gelder hinterzogen oder mit dem organisierten Verbrechen zusammengearbeitet haben. Zugleich hat der Staatschef schamlos zum Ausdruck gebracht, wie wenig Interesse er etwa an der Aufklärung des Verschwindens von 43 Studenten hat, solange er international als Partner ernst genommen wird.

Es ist dieses Verzweifeln an der Ar-

roganz der Macht, an der Perspektivlosigkeit, die Amló zum Hoffnungsträger gemacht hat. Er reiste jahrelang von Gemeinde zu Gemeinde, ist den Menschen nahe, verspricht, mit dem Wahnsinn Schluss zu machen. De facto hat López Obrador auch kein überzeugenderes Konzept gegen kriminelle Banden als seine Konkurrenten. In Sachen Menschenrechte konnte das gegenrassistische konservativ-liberale Bündnis durchaus mithalten, auch seine Sozialprogramme stachen nicht hervor.

Aber bei dieser Wahl ging es nicht um Programme. Auch nicht um links oder rechts, Amlós Bündnisse mit Unternehmern und Evangelisten sprechen da für sich. Es ging um Glaubwürdigkeit in einem Land, das unter entgrenzter Gewalt, Strafflosigkeit und Misstrauen zusammenzubrechen droht. López Obrador konnte das Vertrauen ausstrahlen, dass mit ihm ein anderes Mexiko möglich ist. Er trägt damit eine große Verantwortung. Dass er scheitern könnte, daran mag man gar nicht denken.

ausland 9

Eric Bonse über die Auswirkungen der Koalitionskrise auf EU-Ebene

Europa geht auch ohne Merkel

Krise – welche Krise? In Brüssel geht das Geschäft weiter, auch wenn Angela Merkel daheim in Berlin um die Macht kämpft. Wer meint, dass die EU-Kommission oder der Ministerrat bereits Stoßgebete anstimmen, um Merkel zu retten, der liegt falsch.

Zum einen ist die Kanzlerin in der EU längst nicht mehr unumstritten. Es ist ihr zwar gelungen, einstige Widersacher wie Griechenlands Premier Alexis Tsipras auf ihre Seite zu ziehen. Doch seit der Flüchtlingskrise 2015 liegt Merkel mit halb Europa über Kreuz. Schon damals wollte die „Flüchtlingskanzlerin“ eine „Koalition der Willigen“ bilden, um eine „europäische Lösung“ zu finden – vergeblich.

Heute steht Merkel zwar nicht mehr für eine liberale Flüchtlingspolitik. Doch beliebter ist sie deshalb in Brüssel nicht geworden. Beim EU-Gipfel Ende vergangener Woche gab nicht etwa Merkel den Ton an, sondern Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte. Er blockierte, wohl auf Anweisung der Hardliner aus Rom, alle Beschlüsse.

Für den Kompromiss sorgte am Ende Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron.

Das zeigt, dass sich die EU nicht mehr um Merkel dreht. Die Führung ist längst an Macron übergegangen, auch Österreichs rechtslastiger Kanzler Sebastian Kurz greift immer öfter ins Steuerrad. Das heißt nicht, dass man Merkel in Brüssel schon geschrieben hätte. Aber es zeigt doch, dass die EU zur Not auch ohne die „ewige“ Kanzlerin könnte. Sollte Merkel scheitern, hinterlasse sie eine große Lücke. Den Untergang der EU würde es aber nicht bedeuten.

Im Grunde hat der Abschied schon im vergangenen Jahr begonnen, rund um die Bundestagswahl. Der CDU-Chefin fiel weder zu Europa noch zur Flüchtlingspolitik etwas Vernünftiges ein. Merkel hat die beiden wichtigsten Themen sträflich vernachlässigt – und es auch noch versäumt, eigene Fehler zu korrigieren, wie den Türkei-Deal oder die Probleme im Bamf. Das rächt sich nun, in Berlin, aber auch in Brüssel. **nahaufnahme 4, 5**

die dritte meinung

Der Bundestag muss Tiertransporte in Drittstaaten verbieten, sagt Tierschützerin Jasmin Zöllmer

Der Bundestag befasst sich zurzeit mit Schlacht- und Zuchttieren, die aus Deutschland in Länder außerhalb der EU transportiert werden – und über ein längst überfälliges Verbot dieser Transporte. Die meisten Tiere werden in den heißen Sommermonaten exportiert; tagelang, bei Temperaturen von über vierzig Grad. Auf ihrem Weg leiden sie unter Enge, Hunger, Durst und Angst. Die Transportzeit verlängert sich häufig durch Abfertigungsprobleme an den EU-Außengrenzen. Immer wieder sterben Tiere während des Transportes an den unsäglichen Strapazen. Hier wird eklatant gegen die Tierschutzstandards der EU verstoßen.

Warum exportieren wir im 21. Jahrhundert überhaupt noch lebende Tiere? Dafür gibt keine ethische Rechtfertigung. Die Schlachtbedingungen in einigen Empfängerländern sind grausam. Da die Tiere oft – nicht fachgerecht – ohne Betäubung geschlachtet werden, werden ihnen zum Teil die Augen ausgestochen und Sehnen durchtrennt, um sie wehrlos zu machen. Das dürfen wir nicht zulassen. Deutschland

kann genauso gut Fleisch statt lebende Tiere exportieren.

Für Zuchttiere darf es bei einem Verbot zudem keine Ausnahmen geben, denn sie leiden genauso unter dem tagelangen Transport und werden früher oder später unter den gleichen Bedingungen geschlachtet. Unsere Verantwortung für das Wohl dieser Tiere endet nicht an der EU-Außengrenze. Zuchtgenetik sollte deshalb ausschließlich über Samen exportiert werden.

Die Grünen fordern richtigerweise, alle Tiertransporte in Drittstaaten auszusetzen, bis EU-Recht nachweislich eingehalten wird. Dem könnten SPD und Union zustimmen. Doch die SPD fühlt sich gefangen in der Koalition, während die CDU/CSU sich mit dem Verweis auf die EU-Ebene aus der Verantwortung zieht. Zu groß scheint der Einfluss der Exporteure. Anstatt jahrelang auf die EU zu warten, sollte Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und Lebendtiertransporte in Drittstaaten verbieten. Das wäre mutig – und ist bitter nötig. Andere EU-Mitgliedsländer werden folgen.

Jasmin Zöllmer ist Fachreferentin für Agrarpolitik bei ProViech. Die Tierschutzorganisation setzt sich für den sofortigen Stopp von Lebendtiertransporten in außereuropäische Länder ein.



debatte ostdeutsche und migranten (4)

Allianz statt Konkurrenz

Die einen sind Deutsche, die anderen Demokraten auf Probe: Warum Migranten und Ostdeutsche doch vieles gemeinsam haben



Foto: Rene-Jaschke

Selten hat die Ankündigung einer soziologischen Studie so viel Kontroverse ausgelöst. Die Debatte im Anschluss an Naika Foroutans These von der Migrationserfahrung der Ostdeutschen wirft eine Frage auf: Warum können sich Weiße Ostdeutsche nicht migrantisch identifizieren? Woher kommen die Abwehrimpulse und wer beansprucht die Deutungshoheit über „Migrationserfahrungen“?

Der Zeitpunkt der Debatte ist kein Zufall: die neue rechte Bewegung um die AfD versammelt West- und Ostdeutsche unter schwarz-rot-goldenen und anderen Fahnen. Die AfD ist das erste gesamtdeutsche Erfolgsprojekt, die Vollendung der Einheit: West und Ost gemeinsam in reaktionärer Arschigkeit gegen alles „Nicht-Weiße“. Diese Rechten machen deutlich, was wir brauchen: eine Entkopplung der Vorstellungsräume „Migrantisch“, „Nicht-Deutsch“ und „Nicht-Weiß“.

Wir sollten dringend überdenken, wer eigentlich wen als migrantisch identifizieren darf

Foroutans These ist eine notwendige Differenzierung. Sie insistiert, dass Migrationserfahrung nicht mit ethnischer Differenz gleichzusetzen ist. Diesen Denkautomatismus praktiziert nicht nur die AfD, sondern auch die weiße bürgerliche Mitte, um Migrant*innen als Nicht-Weiße zu exotisieren und als „Andere“ dann zu akzeptieren. Was den Rechten die Xenophobie ist, ist der bürgerlichen Mitte ihr Ethnofetischismus. Der willkommene Effekt ist, dass die Biodeutschen sich tolerant fühlen können. An dieser weißen Exklusivposition der Toleranz- und Werteverwaltung sollten die Ostdeutschen nach der Wende teilhaben, wenn auch ein bisschen anders, wie ein Blick in die Geschichte zeigt.

1989 gab es ambivalente Anrufungen von Seiten der BRD: die Zuwanderung von über drei Millionen Migrant*innen aus Ost- und Südosteuropa firmierte unter der Bezeichnung „Spätaussiedlung“. Helmut Kohls Idee war die einer weißen, großdeutschen Identität, das Phantasma einer von historischen Prozessen unberührten ethnischen Volkszugehörigkeit. DDR-Flüchtlinge und Spätaussiedler*innen landeten anfangs in denselben Auffanglagern, ihnen wurde die gleiche Anrufung als „zurückgewonnene Deutsche“ zuteil.

Parallel zur Einstufung der Ostdeutschen als biodeutsch vollzog sich die Übernahme der ehemaligen DDR durch westliche Wirtschaft und Bürokratie, komplettiert durch die Abwertung von ostdeutschem Geld, Arbeit, Gütern und Kultur. Beinahe zeitgleich setzte die Debatte um die multikulturelle Gesellschaft ein. Im Zuge dieser wurden die in der BRD lange missachteten Migrant*innen zum ersten Mal nachhaltig unter Integrationsdruck gesetzt. Migrantische (West)Deutsche zweiter und dritter Generation wurden auf Sprachvermögen, Integrationswillen, Gesetzesstreue und Deutschtätigkeit geprüft – im Namen des

weißen Toleranzprojekts „Multikulturalismus“, dessen Haupteigenschaft auch ein gutmeinender Rassismus war.

Die Krisenszenarien, die sich das Bürgertum dazu ausmalte, waren zweifach: weiße deutsche Toleranz konnte nur an entweder integrationsunwilligen „Ausländern“ scheitern (Huntington prägt 1991 den Begriff vom „Kampf der Kulturen“) oder an den nicht-demokratiefähigen Rassisten aus dem Osten (Rostock). Es entstand eine Integrationskonkurrenz zwischen Ostdeutschen und (West)Migrant*innen, die sich bis heute auswirkt und in den Morden des NSU ihre blutige Spur gezogen hat.

Der doppelte Diskurs – „weiße“ Einheit und tolerante Multikultur – prägte die paradoxe Anrufung der Ostdeutschen in den frühen 90er Jahren: als Volkszugehörige eingemeindet und als toleranzunfähige Rassisten abgestempelt. Ähnliches galt für die Nicht-Biodeutschen: nach Jahrzehnten der Unsichtbarkeit multikulturell umarmt, ethnisch weiter unter Beobachtung. Als Deutsche beziehungsweise Demokraten „auf Probe“ waren beide im impliziten Wettstreit eingespannt.

Das bundesweite Auftreten von Rechtsextremismus und Gewalt gegen Migrant*innen und dessen Vorgeschichte in Ost und West konnte im bürgerlichen und linken BRD-Bewusstsein als DDR-Problem eingetütet werden, zurückführbar auf die Demokratieunfähigkeit der Ex-Diktatorbewohner*innen. Das war nicht falsch, aber komplexitätsreduzierend: man konnte so, wie Anetta Kahane schreibt, der Analyse des strukturellen Rassismus Gesamtdeutschlands aus dem Weg gehen.

Ethnisch richtig und politisch falsch deutsch: so wurde eine bestimmte Generation von Ostdeutschen adressiert. Für sie könnte Foroutans These einen Ausweg aus den Paradoxien bedeuten und eine mögliche Allianz mit Menschen muslimischen Glaubens, die derzeit ebenfalls unter den Generalverdacht der Demokratieunfähigkeit gestellt werden, hervorbringen.

Die Debatte lohnt sich. Eine Neubeurteilung der letzten 30 Jahre drängt angesichts der Rechtsradikalen im Bundestag und auf den Straßen. Unser gemeinsames Problem ist der transnationale Aufstieg der Rechten. Diesen Kräften ist ein schlagkräftiges Gefühl entgegenzusetzen. Neue Allianzen sind dafür lebenswichtig. Warum nicht ein Bündnis unter dem Begriff „Post/Migration“, wenn es Solidarität schaffen kann?

Naika Foroutans Denkangebot darf nicht vorschnell verworfen werden. Es bietet die emotionale und strategische Chance, Allianzen gegen Rechts zu stiften und zu überdenken, wer wen als „migrantisch“ identifizieren kann. Und es gilt, die unausgesprochene Grundannahme zu verunsichern, in der Migrantisch/Nicht-Weiß/Nicht-Deutsch und Ostdeutsch/Weiß/Rassistisch Deutsch sich gegenüberstehen. Diese Sicht produziert Extreme, das Phantasma der „guten Weißen westdeutschen Mitte“ bleibt unangekratzt.

In dieser Debatte liegen lange noch nicht alle Ansichten, Einwände, Erfahrungen und Ambivalenzen auf dem Tisch. Was sie braucht, ist eine konsequente Entkopplung von Migration und Ethnie, um die fatale Logik von Deutsch = Weiß = Nicht-Migrantisch zu stürzen.